

Ressort: Politik

Städtetagspräsidentin gegen Rechtsanspruch für Ganztags-Grundschule

Berlin, 14.11.2017, 14:54 Uhr

GDN - Die Präsidentin des Deutschen Städtetags, Eva Lohse, hat sich kritisch zu den Überlegungen aus der Jamaika-Sondierung geäußert, Ganztagsangebote für Grundschüler gesetzlich zu verankern. "Mehr Ganztagsangebote für Grundschüler finden die Städte sinnvoll und werden von vielen Eltern gewünscht. Die Städte lehnen aber einen in der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe verankerten Rechtsanspruch ab, wie er bei den Sondierungen im Gespräch ist", sagte Lohse dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Mittwochsausgaben).

"Dieser wird dem qualitativen Anspruch der Eltern nicht gerecht." Ein individuelles Recht auf ganztägige Betreuung und Förderung von Grundschulern solle man dort ansiedeln, wo es hingehört, "nämlich an den Schulen", sagte die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin. "Einen solchen Rechtsanspruch müssen also die Länder in ihrem Schulsystem gewährleisten. Es besteht leider die konkrete Gefahr, dass der Bund am Elternwillen vorbeiplant. Er sollte stattdessen die Länder auffordern, Ganztagsangebote auszubauen, und dies finanziell unterstützen."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-97631/staedtetagspraesidentin-gegen-rechtsanspruch-fuer-ganztags-grundschule.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619